WAHLPRÜFSTEINE

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

„aktiv in Berlin“

1. Welche Position vertritt ihre Partei in Bezug auf eine verlässliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement?

Viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich schon heute aktiv für die Gemeinschaft. Dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert für unsere Stadt und macht sie ein Stück l(i)ebenswerter. Bürgerschaftliches Engagement ist ein hohes und sensibles Gut. Es darf weder „Ausfallbürge“ für nicht mehr bezahlte öffentliche Leistungen sein, noch darf es durch kurzfristige Arbeitsmarktmaßnahmen wie Ein-Euro-Jobs ersetzt werden. Soziales Engagement von und für Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt braucht Anerkennung und gute Bedingungen, unter denen sich das Engagement sinnvoll entfalten kann.

Die Anerkennungskultur ist ein ganz wesentliches Element der bürgerschaftlichen Förderung. Wichtig ist es, dass Politik, Gesellschaft und Trägerorganisationen angemessene und innovative Wege des „Zurückgebens“ finden, die sich nicht auf ein einmaliges Dankeschön beschränken. Die Etablierung und Pflege einer solchen Wertschätzungskultur (wie z.B. der FreiwilligenPass und Ehrenamtspreise) ist ein wichtiger Pfeiler der Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

2. Welche Verbesserungen kann ihre Partei sich diesbezüglich vorstellen?

Bürgerschaftliches Engagement braucht nicht nur Infrastrukturen und Förderung, sondern insbesondere die Öffnung der vorhandenen institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den verschiedensten Politikfeldern für die Impulse von Selbstorganisation, Beteiligung und Mitarbeit.

Es ist wichtig, eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen zu schaffen.

Das gilt für unterschiedliche Bereiche; für Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Armuts- und Arbeitslosigkeitsbekämpfung.

Mögliche Formen einer stärkeren Beteiligung im kommunalen Raum sind z.B. Stadtteilkonferenzen sowie BürgerInnenforen und -kommissionen, Zukunftswerkstätten, partizipative Haushaltsplanerstellung und die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in kommunale Planung, Bildung und Umweltschutz.

Erprobte Formen einer Engagement fördernden Infrastruktur sind z.B. Büros für Selbsthilfe und Ehrenamt, Kontakt- und Informationsstellen für Initiativen, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen/-zentren, Seniorenvertretungen und

Seniorenbüros, die in freier gemeinnütziger wie auch in kommunaler Trägerschaft geschaffen wurden und in Berlin abgesichert werden müssen.

3. Wie steht ihre Partei finanziellen Anreizen als Teil einer Anerkennungskultur gegenüber?

Wir sind der Ansicht, jede und jeder soll sich bürgerschaftliches Engagement leisten können. Vor diesem Hintergrund ist Auslagenersatz/Kostenerstattung notwendig. Aber, es ist grundsätzlich verschieden von Erwerbsarbeit und grundsätzlich unbezahlt. Dort, wo Geld als Anreiz und Anerkennung eingesetzt wird, gerät die Anerkennungskultur in Erklärungsnöte zwischen bezahltem und unbezahltem Engagement. In diesem Zusammenhang halten wir auch eine klare und eindeutige Abgrenzung zu dem Bundesfreiwilligendienst für extrem wichtig.

Für wichtiger halten wir es, Anreizsysteme zu schaffen, wie z.B. bei Schülerinnen und Schülern, bei denen bürgerschaftliches Engagement z.B. im Zeugnis berücksichtigt werden könnte, die Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Einstellungen und Beförderungen, sowie den Abbau von bürokratischen Hemmnissen, um nur einige Beispiele zu nennen.

4. Wie kann die verlässliche Finanzierung für das „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement sichergestellt werden?

Nach unserem Kenntnisstand sind die derzeitigen Strukturen abgesichert. Uns ist aber auch klar, dass Bürgerschaftliches Engagement neue Infrastrukturen und spezielle Förderung braucht. Noch wichtiger aber ist der Umbau der vorhandenen institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den verschiedensten Lebensbereichen und Politikfeldern, ihre Öffnung für die Impulse von Selbstorganisation, Beteiligung und Mitarbeit.

5. Welchen Stellenwert haben europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit? Nach dem derzeitigen Stand sieht die Landesregierung keine finanzielle Unterstützung des Europäischen Jahrs der Freiwilligkeit vor.

Das Europäische Jahr der Feiwilligkeit bietet die Chance, das nationale und internationale freiwillige Engagement verstärkt in die Öffentlichkeit zu rücken und europaweit zu stärken. Wir begrüßen, dass die in diesem Jahr stattfindenden Aktivitäten wie der Freiwilligentag um die europäische Dimension erweitert wird.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch den offensiver Ausbau und die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste – auch generationenübergreifende - als wichtige Aufgabe an. Den Freiwilligen eröffnen sich wichtige Erfahrungen im Inland und Ausland. Freiwillige, die im Ausland tätig waren, bringen ihre europäischen, globalen, interkulturellen, friedens- und entwicklungspolitischen Kompetenzen auch in unserer Gesellschaft ein. Gerade Jugendlichen ermöglichen die freiwilligen Dienste soziale, demokratische und kulturelle Teilhabe sowie Integration.

Ob und wie sich der Senat von Berlin finanziell am Europäischen Jahr der Freiwilligkeit beteiligt, ist uns leider nicht bekannt.

6. „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement ist fest überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Parteien eine zentrale Rolle spielen muss und zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Umsetzung von Integrationsstadtteilkonzepten beteiligt werden müssen. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, den Prozess der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Stadtteilkonzepten, besonders bei Integrationskonzepten zu garantieren und zu festigen?

Der Aufbau von lokalen Netzwerken, die öffentliche und private, wirtschaftlich wie zivilgesellschaftlich agierende Personen und Einrichtungen zu einer aktiven Zusammenarbeit bringen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in der integrierten Stadtentwicklung. Insbesondere das bürgerschaftliche Engagement wird zunehmend als Ressource und unabdingbare Voraussetzung für die Stadt- und Stadtteilentwicklung erkannt. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Fragen eines gesellschaftlichen Strukturwandels – wie er mit der Pluralisierung von Lebensstilen, mit Zuwanderung, Bildungsreform und generationengerechtem Leben und Wohnen einhergeht – sind bürgerschaftliche Zugänge für das Verständnis und Handeln im öffentlichen Gemeinwesen unerlässlich.

Die Sozialraumorientierung sowie die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure müssen gefördert und gestärkt werden.

Von der Elternmitbestimmung über die Gewerkschaften bis hin zu Beteiligungsmöglichkeiten auf bezirklicher Ebene gibt es traditionell zahlreiche Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. Besondere Aufmerksamkeit sollten jedoch Ansätze erhalten, die sich in der Entwicklung befinden, neu, innovativ und oft noch ungesichert sind. Dazu zählen z. B. die sich rasch entwickelnden Bürgerstiftungen. Hier kann in relativer Unabhängigkeit von Staat und Verwaltung und quer durch Einzelbereiche die lokale Mit-Bürgerschaft stark gemacht werden

Grundsätzlich ist jedes Engagement wertvoll, durch das Solidarität, Hilfsbereitschaft, das Einstehen für Andere oder auch einfach die Lust auf das gemeinsame Erleben, Lernen und Handeln kultiviert werden – Engagement im weitesten Sinne. Aber aus grüner Perspektive sollten jene Bereiche der weiten Engagementlandschaft besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die innovativ und bedeutungsvoll sind, weil es hier zugleich um die Revitalisierung von Demokratie im umfassenden Sinne, um eine neue Sensibilität für Fragen von Solidarität, Gemeinsinn, Zusammenhalt und Fairness geht und um die Ausformulierung dessen, was hier „Nachhaltigkeit“ meinen könnte. Ein wichtiges Kriterium dafür wird sein, ob bürgerschaftliches Engagement Rückwirkungen auf den gesellschaftlichen Alltag hat, ein Umdenken und Umlernen bewirken kann, statt lediglich ein zusätzliches Element darzustellen.

7. Unterstützt ihre Partei die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittelakquise im Bürgerschaftlichen Engagement?

Aus grüner Perspektive ist es vordringlich, Bürgerengagement als Querschnittsaufgabe zu begreifen und in allen Bereichen Innovation in Richtung seiner Aufwertung zu fördern. Die vorhandenen institutionellen Einrichtungen, Verfahren und Förderungsregeln müssen dafür so umgebaut werden, dass sie zu Mitsprache, Mitarbeit und Mitverantwortung auffordern und damit auch als Infrastruktur für Bürgerengagement bereit stehen. In diesem Zusammenhang halten

wir die Einrichtung einer derartigen Beratungs- und Informationsstelle für notwendig und damit auch für unterstützenwert!

8. Unterstützt ihre Partei eine Umstellung von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur?

Damit bürgerschaftliches Engagement wachsen und sich entwickeln kann, braucht es kontinuierliche und verlässliche Strukturen – auch in finanzieller Hinsicht. Eine längerfristige Planungssicherheit wie z.B. beim Stadtteilzentrenvertrag halten wir daher für diesen Bereich für wichtig.

9. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, ungenutzte öffentliche Infrastruktur kostenlos für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen?

Wir teilen diese Anliegen grundsätzlich. Allerdings wurde die Zuständigkeit dafür an die Bezirke übertragen. Die Entscheidung, welchen Initiativen die Nutzung öffentlicher und ungenutzter Infrastruktur übertragen wird, liegt daher bei den Bezirken, welche die Erfordernisse vor Ort am besten beurteilen können. Als Problem sehen wir allerdings, dass die Bezirke durch die angespannte Haushaltssituation wenig Spielräume haben, ungenutzte Immobilien im öffentlichen Eigentum zu halten. Es wird daher wichtig sein, in bestehenden Einrichtungen wie Schulen, Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen Ressourcen zu erschließen und zu nutzen.

10. Erkennt ihre Partei die Berlin weite Bedeutung des Bürgerengagements sowie die von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement als Ressort übergreifenden Fachverband an?

Wie aus den vorigen Antworten ersichtlich, sehen und anerkennen wir die Berlin weite Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements. Wir begrüßen die Aktivitäten von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement zur ressortübergreifenden Vernetzung und werden diese weiter unterstützen. Sie ist wichtig, um die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in allen Bereichen stärker zur Geltung zu bringen. Das Landesnetzwerk ist ein wichtiger Partner für die Weiterentwicklung der Engagementstrukturen und –förderung. Für die in den vergangenen Jahren geleistete und die kommende Arbeit möchten wir Ihnen danken und viel Erfolg wünschen.

04. April 2011